

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Kreistag, sehr geehrte Damen und Herren,

die Welt verändert sich immer schneller und wir stehen vor großen politischen Herausforderungen:

der Klimawandel hat uns erneut einen extrem heißen und trockenen Sommer beschert und viele von uns haben vielleicht zum ersten Mal dessen Folgen für die Wirtschaft, die Landwirtschaft oder die eigene Gesundheit bewusst erlebt und entsprechend eingeordnet.

Dessen Folgen sind die wachsende Zunahme von Flüchtlingsströmen, Europa betreffend vor allem aus den Ländern Afrikas, in denen Not und Armut immer größer werden.

Die Sehnsucht dieser Menschen nach einem Leben in Würde und Sicherheit, wie man es hier bei uns als selbstverständlich erachtet, lässt sie Leib und Leben riskieren, um hierher zu gelangen.

Dies wiederum sorgt für viele Ängste und Unsicherheit in der Bevölkerung und ein wachsendes Nationalbewusstsein ist überall in den westlichen Staaten zu erkennen. Die große Idee eines vereinten Europas droht unterzugehen in einem Meer voller Leichen zum Schutz unseres Wohlstands.

... und auf regionaler Ebene, hier in unserer Ortenau?

Auch da werden die Probleme nicht gerade weniger:

Die wachsende Wohnungsnot ist jetzt auch bei uns deutlich zu spüren, bezahlbarer Wohnraum für die stetig steigende Zahl sozial Schwacher, die in unserer Leistungsgesellschaft abgehängt wurden, ist nicht mehr nur ein Problem unserer Städte sondern wird auch im ländlichen Raum immer mehr eine Tatsache.

Die Infrastrukturen kleinerer Gemeinden und Dörfer leiden unter der Schließung von Geschäften, Schulen, Ämtern und Banken und die ständige Mobilität der immer älter werdenden Gesellschaft ist durch

den Öffentlichen Personennahverkehr noch längst nicht gewährleistet.

Die gewohnt kleingliedrige Krankenhauslandschaft ist in der jetzigen Form nicht mehr zu halten, weil es die jungen Fachärzte in die großen Städte zieht und die besten medizinischen Geräte und Einrichtungen unmöglich mehrfach vorgehalten werden können.

Industriebetriebe, Handwerker und Landwirte beklagen eine steigende Zahl nicht ausbildungsfähiger Schulabgänger und den Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften und drohen in die großen Städte und Ballungszentren des Landes umzusiedeln.

Und, und, und....

Das sind nur einige der drängenden Probleme hier bei uns!

Welche Möglichkeiten haben wir jetzt, hier auf der Kreisebene, diesen Entwicklungen entgegenzutreten, sie positiv zu beeinflussen?

Unsere Spielräume sind, wie wir alle wissen, sehr begrenzt. Alleine der Sozialetat beansprucht mehr als zwei Drittel unserer finanziellen Mittel und das mit steigender Tendenz. Das Bundesteilhabegesetz, das Unterhaltsvorschussgesetz, das Pflegestärkungsgesetz und die gestiegenen Kosten in der Jugendhilfe – das alles ist gut investiertes Geld an der richtigen Stelle, denn vorrangiges Ziel unserer Politik muss es immer bleiben, den Schwächsten in unserer Gesellschaft zu helfen. Es muss jedoch auch gewährleistet sein, wie es unser Landrat in seiner Rede deutlich angemahnt hat, dass die entstehenden Kosten nicht vorrangig aus unserem begrenzten Kreishaushalt beglichen werden müssen. Die zu erwartenden Mehrkosten in Höhe von 8 bis 10 Mio. € jährlich sind auf Dauer nicht von uns zu stemmen.

Eng verbunden mit diesen steigenden Sozialkosten sind die stetig höher werdenden Personalkosten im Amt für Soziales und Versorgung. Ebenso wie im Baurechtsamt, im Straßenbauamt und im Amt für Landwirtschaft entstehen hier immer mehr und ständig neue Aufgabenfelder, deren Bewältigung ein erhöhtes Arbeitsaufkommen

zur Folge hat und eine Erhöhung der Arbeitsplätze auch nach unserer Auffassung an vielen Stellen unvermeidbar machen.

Lassen sie mich an dieser Stelle auch eine Anmerkung zur Sanierung bzw. zum in Erwägung gezogenen Neubau des Landratsamts machen, in dessen Zusammenhang auch ein event. Neubau der integrierten Leitstelle fällt. Hinsichtlich technische Ausstattung und Gestaltung von zentralen Arbeitsplätzen, die eine starke psychische Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sich bringen, ist hier in absehbarer Zukunft sicherlich an mancher Stelle Eile geboten und sicherlich schon jetzt noch einiges an Luft nach oben. Gerade bei der IIS sind wir als Grüne Fraktion auch von einer dringend gebotenen Entlastung der eingesetzten Disponentinnen und Disponenten in naher Zukunft überzeugt.

Der kontinuierliche Schuldenabbau bleibt auch nach unserer Auffassung ein wichtiges politisches Ziel auf Kreisebene. Wenn nicht jetzt und heute, in Zeiten guter konjunktureller Entwicklung, wann denn sonst. Die nachkommenden Generationen werden aller Voraussicht nach auch in Zukunft nicht weniger an dringlichen Aufgaben zu bewältigen haben. Ein schuldenfreier Ortenaukreis im Jahr 2023 ist greifbar nah und die Grüne Fraktion wird die Verwaltung auf dem Weg dahin bestmöglich unterstützen.

In Anbetracht der gestiegenen Einnahmen und der zu erwartenden Ergebnisse in den kommenden Jahren ist auch die Beibehaltung des Kreisumlagehebesatzes von 27,5 Punkten ein anzustrebendes Ziel. Viele Städte und Gemeinden im Kreis haben in den letzten Jahren genauso wie der Kreis erhöhte Einnahmen zu verzeichnen, jedoch ist auch deren Agenda umfangreicher denn je und für die notwendigen Investitionen im Bereich sozialer Wohnungsbau, für Kitaplätze oder dringend erforderliche Investitionen in Infrastruktur- und Umweltschutzmaßnahmen ist eine planbare gute finanzielle Ausstattung ein wichtiger Faktor.

Unsere uneingeschränkte Unterstützung findet auch die vorgesehene Fortführung des Sanierungsprogramms der Schulgebäude im Doppelhaushalt 19/20. Die Erhöhung des Etats um 2,6 Mio. € und die zusätzlichen 25 Mio. € für den 3. Bauabschnitt der Gewerbeschule in Offenburg und die 4,5 Mio. für die Neubau der gewerblichen Schulen in Lahr findet sicherlich auch den Beifall der Wirtschaftsunternehmen vor Ort, die jedoch auch selbst in der Pflicht sind, für entsprechend gute Ausbildungsbedingungen, begleitende Sprachkurse und erhöhte Flexibilität im Betrieb zu sorgen.

Zur Sicherung bzw. Verbesserung der stationären Versorgung der Ortenauer Bevölkerung in den nächsten 12,5 Jahren insgesamt 125 Mio. € anzusparen, was einem Viertel der vorhergesagten Kosten für die Neubauten in Offenburg und Achern entspricht und gleichzeitig für das Übergangsmodell des Landrats zusätzlichen 2 Mio. jährlich einzuplanen, signalisiert wohl allen Schwarzmalern, dass wir nicht den günstigsten Weg gewählt haben, sondern den aus heutiger Sicht besten, auch wenn der Wegzoll nicht billig sein wird.

Wir Grüne gehen diesen Weg gerne mit, wollen helfen ihn kreativ und fortschrittlich mitzugestalten, wir werden jedoch auch nicht nachlassen in unserem Bemühen, mit Hilfe des Kreises an den verschiedenen Standorten moderne medizinische Gesundheitszentren zu installieren und während der Umbauphase größtmögliche Transparenz und eine umfängliche Bürgerbeteiligung einzufordern, um die Bevölkerung auf dieser sicherlich oft steinigen und beschwerlichen Wegstrecke mitzunehmen.

Wie komplex die Thematik auch im Detail sein wird, und die Kreisräte hier im Saal, wissen wovon ich rede, auch die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wird es letztlich verstehen, warum wir so handeln mussten, wenn wir nicht müde werden, sie bei all unseren Schritten entsprechend zu informieren und mitzunehmen.

So ... vieles haben wir somit abgedeckt, was die regionale To-Do-Liste betrifft, zugegeben vereinfacht dargestellt, denn alles hängt irgendwie mit allem zusammen.

Wir geben das meiste Geld für die sozial Schwachen in unserem Kreis aus, wir stärken die Verwaltung, damit sie ihren Aufgaben gerecht wird, wir bauen weiterhin die Schulden ab, um unsere Kinder und Enkel nicht auch noch finanziell mit unserer Lebensart zu belasten, es reicht ja auch vollkommen, wenn sie unsere Umweltverschmutzung, die Klimaveränderung und unserem Ressourcenverbrauch irgendwie wieder wettmachen.

Wir belassen möglichst viel Geld in den Städten und Gemeinden, um diese für die dringlichen Aufgaben vor Ort gut auszustatten, wir bauen und sanieren Gewerbeschulen, um gute Arbeitskräfte für unsere Wirtschaft auszubilden und wir investieren riesige Summen um die medizinische Versorgung der Bevölkerung sicher zu stellen, damit diese zukünftig nicht nach Karlsruhe oder Freiburg fahren muss, um die bestmögliche stationäre Versorgung zu bekommen.

Jetzt gibt es aber doch noch eine Sache, die uns Grüne sehr am Herzen gelegen ist– und wir sind fest davon überzeugt, dass trotz der geringen finanziellen Spielräume hier noch Raum für ganz bedeutende Weichenstellungen sein sollte: die erhebliche Stärkung des ÖPNVs in den ländlichen Gebieten. Der Nahverkehrsplan beschreibt hier viele konkrete und sinnvolle Maßnahmen, deren zügige Umsetzung viel dringlicher geboten ist, als bisher angedacht. Angefangen mit ergänzenden Buslinien und besseren Anschlussverbindungen über notwendigen Lückenschließungen in der Taktung bis hin zu Weiterfahrmöglichkeiten mit Ruftaxis, hier müssen wir in Anbetracht der zuvor beschriebenen Situationen in den kleineren Ortschaften dringend mehr tun, nicht zuletzt wegen der steigenden Zahl an älteren Mitmenschen, die auch ohne eigenes Auto am gesellschaftlichen Leben teil haben wollen und auch nicht

zuletzt aus Gründen der Bewusstseinsbildung hinsichtlich Umweltschutz und Verminderung des Co2-Ausstoßes.

Hier gibt es sicherlich auch auf landespolitischer Ebene noch einiges zu verbessern, denn bisher ist die Bedingung einer Förderung meist nur dann erfüllt, wenn sie auch eine einstündige Taktung über 24 Stunden vorsieht und dies ist bei vielen Strecken im ländlichen Raum einfach nicht sinnvoll.

Aber da stehen durchaus noch ganz andere Ideen zur Prüfung an, was sich in vielen Fällen sicherlich auch lohnen würde:

z.B. spürbare Fahrvergünstigungen für ältere Menschen, die den Führerschein freiwillig abgeben,

oder die Bereitstellung von E-Bikes an mindestens einer Bushaltestelle in allen Gemeinden und Dörfern,

oder aber die generelle Erhöhung der Bezuschussung durch den Kreis von z. B. Einzelfahrkarten, um den Einstieg in die Nutzung des ÖPNV schmackhaft zu machen.

Wir werden hier versuchen, gemeinsam mit den anderen Fraktionen und der Verwaltung gute Vorschläge auszuarbeiten, damit wir in naher Zukunft weitere, unserer Überzeugung nach, dringend erforderliche Maßnahmen einleiten können.

Die Grüne Kreistagsfraktion stimmt dem vorliegenden Doppelhaushalt 2019/20 zu und wir bedanken uns bei allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit.

